

Zeuthen: Linke fordern Verlängerung der Mietpreisbremse

Nachdem bereits die Fraktionen der Linke in Schönefeld und Wildau einen Antrag zur Verlängerung der Mietpreisbremse im vergangenen Jahr gestellt hatten, zieht man in der Gemeinde Zeuthen nun nach. So stellt die Fraktion zur kommenden Sitzung der Gemeindevertretung am 12. Januar einen entsprechenden Antrag mit der Aufforderung an den Bürgermeister, den Beschluss an den Ministerpräsidenten des Landes und den Minister für Infrastruktur und Landesplanung zu übermitteln.

Die Mietpreisbremse in Brandenburg drohte am 31. Dezember 2020 auszulaufen, weswegen die Linksfraktion vieler Städte und Gemeinden einen entsprechenden Antrag bei der Landesregierung einbrachten, um auf die Problematik aufmerksam zu machen. Im vergangenen Monat wurde die Verordnung zwar verlängert, jedoch können nun deutlich weniger Kommunen davon Gebrauch machen.

Das Nachrichten-Briefing

Die Themen des Tages und besondere Leseempfehlungen: Das Nachrichten-Briefing vom RedaktionsNetzwerk Deutschland. Jeden Morgen um 7 Uhr.

Mit meiner Anmeldung zum Newsletter stimme ich der [Werbevereinbarung](#) zu.

Statt der bislang 31 Gemeinden fallen nun nur noch 19 unter die Mietpreisbremse. Zeuthen zählt nicht mehr dazu, obwohl unter anderem auch die Nachbargemeinden Eichwalde und Schulzendorf eine Verlängerung erhalten haben. „Diese Entscheidung ist nicht nachvollziehbar“, sagt Philipp Martens (Linke) auf Nachfrage. Der Siedlungsdruck in der Kommune sei weiterhin enorm, was sich auch auf dem Wohnungsmarkt widerspiegelt.

Mieterhöhung durch Bremse geregelt

„Es ist letztendlich auch nur eine Bremse und kein Stopp“, so Martens weiter. Eine Mieterhöhung kann es mit der Regelung nach wie vor geben. Sie schreibt lediglich fest, dass bei Neuvermietung die Miete nicht mehr als zehn Prozent über den ortsüblichen Werten liegen darf. Neubauten sind davon jedoch ausgenommen.

Die dazugehörige Kappungsgrenzenverordnung gilt zudem bei bereits laufenden Verträgen. Innerhalb von drei Jahren werden Mieterhöhungen dadurch auf maximal 15 Prozent gedeckelt. [In Schönefeld versuchte man bereits vor der Entscheidung des Bauministeriums eine Verlängerung zu erwirken](#). Die Fraktion der Linken zog in Wildau wenig später nach und [forderte eine Rücknahme der Entscheidung \(MAZ berichtete\)](#).

Auch in Zeuthen sehen die Fraktionsmitglieder den Wohnungsmarkt nach wie vor als angespannt. Mit dem Wegfall der Verordnungen ist ein Anstieg der Mieten zu befürchten. „Wir möchten mit unserem Antrag vor allem eine Verdrängung verhindern“, erklärt Philipp Martens. „Es wäre schade, wenn Zeuthener es sich nicht mehr leisten können, hier zu wohnen.“

Die Hoffnung ist nun groß, dass auch die anderen Fraktionen den Antrag unterstützen werden, um so eine entsprechende Reaktion bei der Landespolitik erzielen zu können.

Von Joice Nkaigwa